

Der Coronavirus lässt Umsätze

1

1 seit dem Ausbruch des Coronavirus
n stehen Kurzarbeit und verkürzte



Das Geschäft an der Zürcher Einkaufsmeile Bahnhofstrasse läuft derzeit überhaupt nicht rund. Nun wird der Ruf nach staatlicher Unterstützung laut.

Annick Ramp / NZZ

Die Geschäfte in der Zürcher Innenstadt leiden unter dem Coronavirus. Seit die Zahl der Infektionen in der Schweiz steigt und viele Unternehmen als Vorsichtsmassnahme auf Home-Office setzen, meiden die Kunden den Gang an die Einkaufsmeilen der Stadt. Dies jedenfalls zeigen die Rückmeldungen, welche die City-Vereinigung, ein Zusammenschluss von Händlern der Zürcher Innenstadt, von ihren Mitgliedern erhält.

Milan Prenosil, Präsident der City-Vereinigung und Chef der Confiserie Sprüngli, spricht auf Anfrage von Umsatzeinbussen zwischen 20 und 50 Prozent. «Die Lage ist dramatisch. Die Innenstadt ist vormittags praktisch leer.» Betroffen seien alle – von Warenhäusern über die Gastronomie bis hin zu den Fachgeschäften. Den Handel treffe es doppelt hart, stehe er doch seit längerem wegen des Einkaufstourismus und der digitalen Konkurrenz unter Druck.

Betroffen sind allerdings nicht alle gleich stark. Während die Auswirkungen im Food-Bereich wenig spürbar sind, beklagen Hotellerie, Restaurants und Tourismus massive Einbussen.

«Es braucht entschlossenes Handeln»

Die City-Vereinigung hat nun eine Umfrage unter ihren Mitgliedern gestartet. Zur Debatte stehen die Einführung von Kurzarbeit oder gar kürzere Ladenöffnungszeiten. Die Arbeitslosenversicherung deckt den von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmern über einen gewissen Zeitraum einen Teil der Lohnkosten. Damit soll verhindert werden, dass Kündigungen ausgesprochen werden.

Entschieden sei noch nichts, sagt Prenosil. Man sammle nun die Informationen und werde das Thema an der nächsten Vorstandssitzung behandeln. Gerade verkürzte Öffnungszeiten sind jedoch heikel. Prenosil sagt, es sei niemandem geholfen, wenn die Kunden plötzlich vor verschlossenen Ladentüren stünden. «Das Vorgehen muss gut koordiniert werden.»

Der Präsident der City-Vereinigung spricht von einer Extremsituation, wie sie die Schweiz schon seit langem nicht mehr erlebt habe. «Es braucht angesichts der notstandsähnlichen Situation entschlossenes Handeln.» Prenosil fordert, dass Anträge auf Kurzarbeit unbürokratisch gewährt werden. Zudem stelle sich auch die Frage nach finanzieller Unterstützung für Firmen aus dem Detailhandel und der Industrie. «Bund und Kanton müssen ins Portemonnaie greifen.»

Auch in Winterthur macht sich das Coronavirus inzwischen bemerkbar. Heinz Schudel, Geschäftsführer der City-Vereinigung «Junge Altstadt», sagt auf Anfrage: «Es sind bereits deutlich weniger Leute in der Stadt unterwegs als sonst.» Sollte sich das Virus weiter ausbreiten, dürfte sich die Situation in den nächsten Wochen weiter zuspitzen.

Dann könnten auch in Winterthur Kurzarbeit und angepasste Öffnungszeiten zum Thema werden. Schudel ist bis jetzt nur ein Geschäft bekannt, das Umsatzeinbussen beklagt und einen Antrag auf Kurzarbeit gestellt hat. Er geht davon aus, dass weitere Anfragen folgen werden. Die Öffnungszeiten zu verkürzen, stehe indessen noch nicht zur Debatte. «Wir müssen abwarten, wie sich die Lage entwickelt.»

Veranstalter sprechen von Horrorszenario

Die Detailhändler sind jedoch nicht die Einzigen, denen die momentane Situation zu schaffen macht. Besonders betroffen sind Konzert- und Partyveranstalter, Messen sowie Festivals. Dies, weil der Bund Veranstaltungen mit über 1000 Teilnehmern verboten hat. Würden die Auflagen verlängert oder gar noch weiter verschärft, sei die Existenz der gesamten Unterhaltungsbranche über kurz oder lang bedroht, schreibt der Verband der Schweizer Konzert-, Show- und Festivalveranstalter in einer Stellungnahme.

Getroffen hat es auch den Veranstalter Adrian, der nur mit seinem Vornamen genannt werden will. Am 7. März hätte das von ihm organisierte Festival «Mystica» im Zürcher «X-tra» über die Bühne gehen sollen. An die Party reisen jeweils rund 2000 Besucher, viele aus Europa. Doch wegen des Verbandsverbots sagte Adrian den Anlass gleich ganz ab. «Mit maximal 1000 Personen inklusive Personal wäre die Veranstaltung wirtschaftlich nicht tragbar gewesen.» Auch eine Verschiebung auf ein späteres Datum hält er aus logistischen Gründen nicht für realisierbar. «Die meisten Künstler sind bereits weit im Voraus gebucht, das «X-tra» ist bereits jedes Wochenende ausgelastet, und die Lage bleibt auch in den nächsten Monaten ungewiss.»

Der Ausfall bedeutet für den Veranstalter weniger Liquidität, um weitere kulturelle Projekte zu realisieren und finanziell zu unterstützen. Als unverstänlich bezeichnet er die vom Bund gesetzte Grenze von 1000 Personen. Sie sei willkürlich. Hinzu komme, dass jeder Kanton die Vorgabe anders regle. Doch: «Kantönligeist hat bei einer Epidemie nichts zu suchen.» Er hofft nun, dass auch kleine und mittlere Eventveranstalter Unterstützung erhalten. «Es geht ja schliesslich um Kultur. Kultur spiegelt den Gesellschaftsgeist und ist nicht wegzudenken. Besonders für die Demokratie.»

Eugen Brunner ist Präsident des nationalen Branchenverbandes Expo Event, dessen Mitglieder schweizweit knapp 6000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Er spricht von einem «Horrorszenario». In kürzester Zeit seien landesweit über 100 Veranstaltungen abgesagt worden, was einen Schaden von 150 Millionen Franken bedeute. «Der Beschluss des Bundesrates trifft die Veranstaltungs- und Eventbranche mitten ins Herz.» Derzeit seien Firmen in Konkursgefahr, Kurzarbeit sei eingeführt und erste Mitarbeiter von Eventfirmen entlassen worden.

Trotz allen Widrigkeiten ist für Brunner klar: Die Gesundheit und das Wohl der Bevölkerung stünden an erster Stelle. Allein werde die Branche die Einbussen jedoch nicht abfedern können. «Wir benötigen vom Bund dringend Hilfe.» Gefragt seien vernünftige und verhältnismässige Regelungen im Umgang mit den anstehenden Veranstaltungen. Abhilfe leisten könnten auch Unterstützungsfonds oder -kredite für unmittelbar bedrohte Unternehmen. Brunner gibt sich nach Signalen des Bundesrates und des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zuversichtlich: «Die ersten Sofortmassnahmen sollten diesen Freitag vorliegen.»

Forderung nach Unterstützung durch den Kanton

Reagiert hat auch die kantonale Politik. In einer Anfrage wollen die drei Zürcher Kantonsräte Marc Bourgeois (fdp.), Jürg Sulser (svp.) und Yvonne Bürgin (cvp.) vom Regierungsrat wissen, mit welchen bestehenden Instrumenten der Kanton Unternehmen aus den besonders betroffenen Branchen rasch unterstützen könne.

Unter anderem fragen die drei bürgerlichen Politiker, ob der Regierungsrat bereit sei, einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten, um betroffene Unternehmen vorübergehend zu entlasten. Gemeint sind damit unter anderem ein Zahlungsaufschub bei Steuerrechnungen und Sozialversicherungsbeiträgen sowie eine raschere Begleichung von Rechnungen durch die öffentliche Hand.

Zudem wollen Bourgeois, Sulser und Bürgin wissen, welchen Spielraum der Regierungsrat bei Kurzarbeit sieht und welche Möglichkeiten für kommerzielle Kultur- und Sportveranstalter bestünden, um Fördermittel aus dem Lotteriefonds oder allenfalls dem Sportfonds zu erhalten. Die Hoffnung der Politiker: «Der Abbau von Arbeitsplätzen sowie wirtschaftliche Dominoeffekte» sollen vermieden werden.